

Zwischen neoliberalem Marktradikalismus und etatistischem Protektionismus

Polit-ökonomische Positionen der extremen Rechten

Jan Rettig

Der Aufschwung extrem rechter Parteien, seine Ursachen, Verläufe und Wirkungen werden schon seit einiger Zeit intensiv untersucht. In erschreckender Regelmäßigkeit verdichten sich die Anlässe: der Brexit, die österreichische Präsidentschaftswahl, der Wahlsieg Donald Trumps, usw. Die vorliegende Befassung mit polit-ökonomischen Positionen, alias der sozialen Frage, soll weiteren Aufschluss über den qualitativen Gehalt dieses Aufschwungs geben. Das betrifft den Modus des Vote-Seeking ebenso wie die Übergänge zum Policy- und Office-Seeking. In dieser Arbeit werden exemplarisch die polit-ökonomischen Vorstellungen des französischen Front National (FN), der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der United Kingdom Independence Party (UKIP) und der Alternative für Deutschland (AfD) untersucht. Die leitenden Fragen waren: Wie relevant sind polit-ökonomische Konzeptionen für diese Parteien? Wie haben sich die entsprechenden Positionen in der Vergangenheit entwickelt? Ist der real existierende polit-ökonomische Pluralismus für die extreme Rechte tragbar oder doch zu widersprüchlich? Polit-ökonomische Konzepte finden sich nur selten als solche zusammengefasst und benannt, sie müssen aus Versatzstücken rekonstruiert werden. In Parteiprogrammen sind dafür die Politikfelder Wirtschafts- und Sozialpolitik (insofern sie wirtschaftliche Fragen berührt) am ergiebigsten. Darin wird erwartetermaßen sehr häufig auf die europäische Integration Bezug genommen, weshalb die entsprechende Positionierung der Parteien hier ebenfalls Eingang findet. Eine grobe Einordnung der Parteien in ideologische Strömungen soll zudem berücksichtigen, dass Ideologie und Programmatik zwar abhängig voneinander, aber nicht zwingend kongruent sind.¹ Zur Illustration der Einbindung polit-ökonomischer Inhalte in die Parteienpropaganda, werden außerdem noch jeweils charakteristische Diskursbeiträge der Parteien angeführt.

UKIP – Brexit über alles

UKIPs Gründung im Jahr 1993 hatte zunächst ein exklusives Ziel: Großbritanniens Austritt aus der EU. Zur Gründungsgeneration gehörten viele ehemalige Konservative, die zwar die neoliberale Politik der Thatcher-Ära prinzipiell guthießen, im Rahmen der EG/EU aber den Verlust britischer Souveränität fürchteten. Schließlich war mit den Maastrichter Verträgen erst ein Jahr zuvor eine weitere Vertiefung der ökonomischen und politischen Integration Europas kodifiziert worden. In der Entwicklung ihrer Wahlprogramme ist eine leichte Relativierung der anfangs sehr zentralen, eher (makro-)ökonomisch orientierten Themen durch die Aufnahme bzw. stärkere Betonung soziokultureller Themen erkennbar. Die national-neoliberale Gründungsideologie übersetzt sich bis heute in eindeutig neoliberale wirtschaftspolitische Positionen: Reduktion der öffentlichen Ausgaben, Defizite und Schulden, Privatisierungen und Deregulierung in allen Wirtschaftssektoren. Relativ neu sind schützende Einschränkungen für kleine und familiär geführte Landwirtschaft und Fischerei. Wenn die UKIP die öffentlichen Finanzen als

„mess“ (UKIP 2015: 8) beschreibt, will sie entweder in populistischer Manier politische Gelegenheitsstrukturen (Wirtschaftskrise, Stellung als Opposition, etc.) ausbeuten, oder einfach erneut ihre eindeutig neoliberale Position herausstellen. Seit 2009 sinken nämlich in Relation zum BIP sowohl die öffentlichen Ausgaben als auch das Defizit GBs fast konstant, definitiv bedeutsam.² Etwas weniger eindeutig ist die Sozialpolitik: Die UKIP fordert seit ihrem Programm von 1997 unablässig radikale Einschnitte ins öffentliche Sozial- und Wohlfahrtswesen und deren weitgehende Privatisierung sowie eine völlige Deregulierung der Arbeitsbedingungen. Zuletzt kamen aber Forderungen wie Steuererleichterungen für die niedrigsten Einkommen und die Einführung eines Mindestlohns hinzu. (UKIP 1997/2014/2015; vgl. Ford/Goodwin 2014a/2014b; Goodwin/Milazzo 2015; Usherwood 2016)

Die radikale Gegnerschaft zur EU fand ihren Ausdruck unter anderem in einer konkreten road map für den Brexit. (UKIP 2015: 71) Darin wird ersichtlich, dass die UKIP sehr genau um das Ausmaß der ökonomischen Integration mit anderen EU-Staaten weiß, denn sie verfolgt eine Strategie, nach der das aktuelle Niveau ökonomischer Integration erhalten werden, während jedwede politisch-soziale Verpflichtung wegfallen soll. Ein UKIP-Plakat zur Wahl des Europaparlaments im Jahr 2014 titelte „26 million people in Europe are looking for work“ und fragte suggestiv „And whose jobs are they after?“. Die Antwort wurde mittels eines Fingerzeigs auf die Passanten gegeben (UKIP 2014). Die Wiedererlangung politischer Souveränität zur Begrenzung der Immigration, die Maßgabe für „[...] British businesses to choose to employ British citizens first [...]“ (UKIP 2015: 41) oder die mehr als zynische Forderung, die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu überdenken, da sie „[...] the British work ethos and therefore our economy [...]“ (ibid.) aktiv einengen würde, sind zwar protektionistische Forderungen bzw. Ziele, die aber allesamt eher nationalen als sozialen Prämissen folgen. Die vereinzelte Parteinahme für die sogenannten „Left-Behind“ (Ford/Goodwin 2014a: 282) konkretisiert damit eher eine Vote- als eine Policy-Seeking-Strategie. Die prominente Nutzung des Topos Immigration sowie seine Verschränkung mit polit-ökonomischen Diskursen deutet auf eine Funktionalisierung der existierenden rassistischen, (wohlfahrts)chauvinistischen und xenophoben Ressentiments hin.

AfD – Mit deutschen Werten und Leistungen gegen Euro und Migrant*innen

Auch die AfD erschien zunächst als single-issue-Partei. Der Ausstieg aus bzw. die Auflösung der einheitlichen Eurozone war ihr zentrales Thema für die Wahlen zum Deutschen Bundestag in 2013 und zum EP 2014. Mittlerweile hat die AfD ein sehr breitgefächertes Programm ausgearbeitet. Neben die europa- und wirtschaftspolitischen Ausgangsanliegen sind vor allem die Themen Kultur, Identität und Immigration getreten, welche erstere in ihrer Relevanz ebenfalls deutlich relativiert haben. Aktuell sind sowohl marktradikale, als auch konservative und völkische Ideologien in der AfD präsent. Obwohl es gerade Familien- und Traditionsunternehmen sind, die der AfD nahestehen (vgl. den Beitrag von Friedrich in dieser Nummer), bleibt sie ihren neoliberalen Anfängen in wirtschaftspolitischer Hinsicht treu: Währungsstabilität, Haushaltskonsolidierung bzw. fiskalische Austeritätspolitik, freier Wettbewerb durch den Abbau von Bürokratie und Regulierung kennzeichnen die polit-ökonomische Stoßrichtung. Die angefügte Forderung nach Bürgerentscheiden bei Privatisierungen erscheint mehr als Konkretisierung ihres populistisch-plebiszitären Demokratieverständnisses denn als Limitierung ökonomischer Freiheit. Sozialpolitisch positioniert sich die AfD ebenfalls neoliberal, mit einigen wenigen

protektionistischen Einschränkungen. Sie fordert eine Reform der Sozialfürsorge hin zu einer „aktivierende[n] Grundsicherung“ (AfD 2016: 37), Chiffre für ein rigideres workfare-Regime. Außerdem fordert sie einen Höchststeuersatz sowie die Abschaffung der Eigentums- und Erbschaftssteuer. Den Mindestlohn sieht sie allerdings als notwendige Schutzmaßnahme im Niedriglohnsektor, welcher vor allem durch die „Massenmigration“ (AfD 2016: 37) bedroht sei. Die wertebetonnte Familienpolitik soll zwar sozial-reproduktive Arbeit aufwerten, verweist aber gleichzeitig auf eine soziale (Re)Privatisierung von Betreuungs- und Pflegearbeit. (AfD 2013/2014/2016; vgl. Friedrich 2015; Häusler/Roeser 2014; Korsch/Wölk 2014; Plehwe 2014)

Die europapolitische Hauptsorge der AfD war und ist der Verlust nationalen Einflusses bei gleichzeitig wachsenden Verpflichtungen für Deutschland. Ein Wahlslogan der AfD zur EP-Wahl 2014 soll das untermauern: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“³ nimmt auf Migrant*innen und deren soziale, ideelle wie materielle Sicherheitsansprüche genauso Bezug wie auf deutsche Transferzahlungen im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise. Dieser Slogan verknüpft ökonomische, nationalistische und xenophobe Ressentiments gegen all jene, die als abhängig von deutscher finanzieller Unterstützung wahrgenommen werden. Darüber hinaus hat der Begriff des Sozialamts selbst eine breit geteilte negative Konnotation, was in der Folge ein intranationales (wohlfahrts)chauvinistisches Ressentiment gegen Menschen in Not mit einem internationalen gegen Staaten in Not verbindet. Die ökonomische Aussage (‚Wir können nicht für alle sorgen‘) tritt durch die Wahl der Formulierung hinter die, durchaus beabsichtigte, ideologisch-normative Aussage (‚Wir wollen nicht für alle sorgen‘) zurück. Das Vote-Seeking zielt hierbei auf politische Gelegenheitsstrukturen, die in Deutschland unter anderem durch eine stete Zunahme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ein Ausgreifen extrem rechter Weltanschauungsmomente geprägt sind⁴. Die Mobilisierung nationalistischer und chauvinistischer Leidenschaften erscheint von daher opportuner denn je.

FN – Vom Ultraliberalismus zum Etatismus

Die in der konservativen und extremen Rechten Frankreichs Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er weitverbreitete Angst vor der vermeintlichen Übermächtigkeit sozialer Bewegungen, Gewerkschaften, etablierter Parteien und Bürokratien brachte unter anderem den Front National als extrem (neu)rechtes Wahlprojekt hervor. Nachdem es zu Beginn einige vage korporatistische Überlegungen für einen populären Kapitalismus gab, bestimmte aber das Wirtschaftsprogramm Droite et Démocratie Économique von 1978 den „ultraliberal[en]“ (Camus 2014: 7) FN-Diskurs der 1980er Jahre und stellte damit ebenso eine Antwort auf die ‚linke Gefahr‘ wie eine polit-ökonomische Distanzierung vom traditionellen Korporatismus der faschistischen Rechten dar. Der freie Markt und Wettbewerb galten dem FN als Voraussetzung, wenn nicht gar Synonym jeder Demokratie. Entsprechend forderte er eine radikale Senkung der Staatsausgaben, die Privatisierung von Staatsunternehmen sowie einiger Ministerien und die weitgehende Reduzierung fiskalischer Regulation. Die Befürwortung der europäischen Integration erscheint aus dieser Perspektive kohärent. Neben einer gemeinsamen Polizei sowie einem vereinheitlichten europäischen Rechtsraum standen vor allem wirtschaftspolitische Aspekte im Vordergrund: die Implementierung des einheitlichen europäischen Marktes und eine gemeinsame Währung. Mit seinen „300 Mesures pour la France“ (1993) läutete der FN allerdings einen ‚neuen Protektionismus‘ ein. Die wesentlichen wirtschaftspolitischen Forderungen

richteten sich danach zunächst gegen die EU: Austritt aus den Verträgen von Schengen und Maastricht, Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Importzöllen, Erhalt des Franc, größerer politischer Einfluss auf die Zentralbank, teilweise Verstaatlichung von Banken, Renationalisierung der Landwirtschaftspolitik und forcierte Reindustrialisierung. Auch arbeitsmarkt- und sozialpolitisch zeigt sich diese ‚Wende‘ deutlich. Die früheren Liberalisierungsforderungen wie die Privatisierung der Sozialversicherung, die Abschaffung des Mindestlohns, die Beschränkung des Streikrechts sowie eine weitgehende Deregulierung des Arbeitsrechts wurden seitdem zum Teil deutlich revidiert: Erhöhung des Mindestlohns und der niedrigsten Einkommen, die Absenkung des Rentenalters, ein stärkeres Sozialversicherungssystem, usw. Ideologisch scheint sich eine Abkehr vom National-Neoliberalismus hin zum National-Konservatismus vollzogen zu haben. (FN 2012; vgl. Bastow 1997; Shields 1997/2007/2013/2014; Tzermias 2015; Wolfreys 1993)

Dieser etatistische und protektionistische Wandel kann einerseits als Reaktion auf die abnehmende ökonomische Macht Frankreichs seit Beginn der 1990er (verschärft noch seit der aktuellen Weltwirtschaftskrise) gesehen werden. Andererseits sind aber auch wahlpolitische Erwägungen plausibel, hat der FN doch damals schon einen „growing appeal“ (Shields 1997: 416) für Arbeiter*innen und ärmere Schichten. Zudem arbeitet der FN seit seinen Anfängen auf Grundlage einer *préférence nationale*, der nationalen Präferenz (heute sprachlich abgeschwächt: *priorité nationale*). Darin steckt implizit ein Primat des Politischen über das Ökonomische. Dem entspricht, dass das letzte Präsidentschaftswahlprogramm klar Position für einen aktiven, interventionistischen und autoritären Staat bezieht (vgl. FN 2012). Aber weder der frühere Neoliberalismus, noch der aktuelle Etatismus waren allein Ergebnisse theoretisch-konzeptioneller Erwägungen, sondern, wie gezeigt, auch immer Reaktionen auf die jeweils gegebenen politischen Gelegenheitsstrukturen. Insofern bleibt abzuwarten, ob sich der FN dauerhaft vom Neoliberalismus verabschiedet hat. Interessant ist wohl, dass es vor allem seit der protektionistischen ‚Wende‘ eine signifikante Zunahme von sozioökonomischen Themen in den FN-Programmen gegeben hat (Akkerman et al 2016: Appendix A.3). Obleich auch die letzten Wahlkampagnen unter Marine Le Pen immer noch eher auf traditionell rechte Themen wie nationale Identität, Immigration und Law-and-Order fokussierten, scheint doch eine strategische Neubewertung stattgefunden zu haben, „[...] developing a left-leaning agenda of anti-capitalism and social welfare provision in response to a growing public demand for social and economic protection.“ (Shields 2014: 502/503; vgl. auch Ivaldi 2013) Die Kampagne zur EP-Wahl 2014 stand unter dem Motto „Non à Bruxelles. Oui à la France.“, also „Nein zu Brüssel. Ja zu Frankreich.“ Obwohl der FN seit Jahrzehnten, und nicht zuletzt wegen seiner EU-kritischen Haltung, konstant an Popularität gewinnt, haben Umfragen im Wahlzeitraum gezeigt, dass die öffentliche Meinung einen Ausstieg aus EU/Euro nicht befürwortet. Der FN hat sich in dieser Frage nicht einheitlich positioniert (Schmid 2014). Nach dem Brexit-Referendum hat Marine Le Pen allerdings sofort ein französisches Referendum über die EU-Mitgliedschaft gefordert (Le Pen 2016). Wenn es stimmt, dass die gegebenen politischen Gelegenheitsstrukturen sowie die anhaltende Ausgrenzung des FN dem Vote-Seeking einen strategischen Vorrang gegenüber dem Policy- und Office-Seeking verschaffen (vgl. Ivaldi 2016), dann erscheint dies vor allem als Versuch, die durch das Brexit-Votum initiierte Anti-EU-Euphorie bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen im Frühling 2017 aufrechtzuerhalten.

FPÖ – Neoliberaler EU-Pragmatismus

Den starken Einfluss des revisionistischen Deutsch-Nationalismus⁴ und die damit einhergehenden engen Verbindungen zu seiner faschistischen Tradition lockerte die FPÖ erst mit ihrem Salzburger Programm von 1985, in welchem sie sich massiv auf neoliberale Ideologie stützte. Darin setzte sie sich überhaupt erst mit ökonomischen Themen in einem relevanten Ausmaß auseinander. Das negative Freiheitskonzept führte unweigerlich zu einer harschen Kritik der relativ engen österreichischen Sozialpartnerschaft und des Wohlfahrtssystems. Darin positionierte sich die FPÖ auch für den Beitritt Österreichs zur EG/EU. Anfang der 1990er entschieden sich allerdings die bis dahin europa-skeptische ÖVP und SPÖ ebenfalls für einen pro-europäischen Kurs. Insofern kann der etwa zur gleichen Zeit erfolgte Wandel zu einer österreichisch-nationalistischen und resolut anti-europäischen FPÖ-Position mindestens so taktisch wie ideologisch bewertet werden: Einerseits stand die FPÖ mit ihren Positionen immer explizit im scharfen Kontrast zu den Volksparteien ÖVP/SPÖ und erhielt sich damit Alleinstellungsmerkmale gegenüber dem sogenannten Establishment. Andererseits konnte die FPÖ mit ihrer EU-Kritik die aus der befürchteten europäischen und globalisierten Konkurrenz erwachsenden sozialen und ökonomischen Ängste bedienen. Moderatere EU-Positionen Ende der 1990er bzw. Anfang der 2000er sind unter anderem auf einen Wechsel von der Vote- zur Office-Seeking-Strategie sowie auf den nationalen wie auch europäischen Druck während der FPÖ-Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2005 zurückzuführen. Während ihrer Regierungszeit hatte die FPÖ immerhin Gelegenheit, einige ihrer neoliberalen policies in politics umzusetzen, so zum Beispiel mit der Einführung von Krankenhausgebühren oder der Anhebung des Rentenalters. Heinisch/Hauser (2016) konstatieren aber, dass bereits seit 2002 ein „[...] drifting to the left on economic and social policy [...]“ (p. 79) stattgefunden hat. Diese Rückkehr zum Vote-Seeking wurde aber alsbald durch eine neuerliche Betonung soziokultureller Themen wie bspw. Immigration oder Law-and-Order wieder relativiert (ibid.). Trotz, je nach Gelegenheit vereinzelt auftretender, protektionistischer Versprechen, bleibt die FPÖ bis heute einer neoliberalen Ideologie verhaftet. Wirtschaftspolitisch verfolgt sie unverändert diesen Kurs: Ablehnung aller Institutionen und Funktionen, die die individuelle Freiheit einschränken, Steuererleichterungen für Unternehmen, Senkung der Lohnkosten, Einschränkung der Gewerkschaften.⁵ Das übersetzt sich sozialpolitisch in die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates, vor allem durch die Privatisierung von Wohnungswesen, Bildung und Gesundheit. Die Forderung eines Mindestlohns zur EP-Wahl 2014 ist eine der wenigen aktuellen sozial-protektionistischen Positionen. Allerdings reiht sie sich in andere, vor allem nationalistisch bestimmte Forderungen, wie die Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitskräfte und den sofortigen Stopp aller Transferzahlungen in sogenannte Pleitestaaten, ein. Ersteres zum Schutz österreichischer Arbeiter, letzteres zum Schutz österreichischer Finanzen. (FPÖ 1985/2005/2011/2014; vgl. Frölich-Steffen 2004; Pelinka 2002; Heinisch/Hauser 2016; Williams 2013)

Zur EP-Wahl 2014 startete die FPÖ eine Kampagne, welche die weitverbreiteten Resentiments gegenüber EU-Institutionen aufgriff. Einer der zentralen Slogans war: „Wir verstehen eure Wut – Zu viel EU tut niemand gut“. Nebst der Tatsache, dass diese Feststellung sehr bewusst dramatisiert⁶, offenbarte die FPÖ zu diesem Thema erst kürzlich wieder ihre Ambivalenz. Nach offenen Spekulationen über einen Austritt Österreichs aus der EU nach der knapp verlorenen und im Dezember 2016 wiederholten Präsidentschaftswahl, ruderten FPÖ-Offizielle schnell wieder zurück (Die Presse 2016). Einige Tage zuvor wur-

de interessanterweise eine Umfrage veröffentlicht, nach der die Gegnerschaft zur österreichischen EU-Mitgliedschaft von 31% direkt vor auf 23% direkt nach dem Brexit-Referendum gefallen ist.

Schlussfolgerungen

Die Positionen zur europäischen Integration haben gerade vor dem Hintergrund polit-ökonomischer Positionen interessante Entwicklungen genommen. Der FN und die FPÖ hatten in den 1980ern dezidiert neoliberale proeuropäische Vorstellungen. Anfang der 1990er schwenkten sie zu EU-kritischen bis -feindlichen Positionen um. Während der FN dies aber mit protektionistischen und etatistischen Argumenten tat, hat sich die FPÖ ihren Neoliberalismus erhalten und argumentiert ähnlich der UKIP und AfD gegen die EU. Letztere hatten mit dem Fokus auf die europäische Frage zwar einen Single-Issue Gründungsanlass, konnten aber aufgrund ihrer ideologischen Herkunft relativ schnell typische extrem rechte Themen, wie Immigration oder nationale Souveränität, in ihre Programmatik inkorporieren. Insgesamt zeigen Entwicklung und aktueller Stand polit-ökonomischer Positionen der Parteien a) ein stabiles liberales Ideologiefundament, welches allein durch den FN strategisch herausgefordert wird, b) eine starke neoliberale Programmatik, die je nach Gelegenheit und Bedarf durch protektionistische Elemente ergänzt wird (allerdings fast ausschließlich im sozialpolitischen Bereich, ausgenommen der FN), c) dass die Bedeutung politischer Ökonomie für UKIP, AfD und FPÖ im Zeitverlauf bis heute gegenüber anderen, eher soziokulturellen Themen, leicht ab-, für den FN hingegen deutlich zugenommen hat, und d) viele Verschränkungen mit anderen soziopolitischen Zielen bzw. für die extreme Rechte konstitutiven Diskursen wie Nationalismus, Xenophobie, (Wohlfahrts-)Chauvinismus und Law-and-Order (vgl. Mudde 2007). Diese Verschränkungen dienen der gegenseitigen Legitimation aller beteiligten Diskurs(stränge) und erhöhen so ihre diskursive Stärke und Überzeugungskraft. In diskurspolitischer Hinsicht ist es daher wichtig, diese Verschränkungen bzw. die dafür angewandten Diskursstrategien aufzuzeigen und die daran geknüpften Interessen einer Kritik zu unterziehen (vgl. Wodak 2002). Denn die ernsthafte, über ideologische sowie Wahl- und andere Opportunitätserwägungen hinausgehende, das heißt auch in die soziale Praxis greifende Beantwortung der sozialen Frage durch die extreme Rechte könnte ihrer gesellschaftlichen Verankerung eine neue, gefährliche Qualität verleihen. Auch in ‚realpolitischer‘ Hinsicht lohnte es sich also, diskursive und nicht-diskursive sozio-ökonomische Praxen der extremen Rechten kontinuierlich zu verfolgen. Dies umso mehr, als dass die ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen im Gefolge der aktuellen Weltwirtschaftskrise noch längst keine Tiefpunkte erreicht zu haben scheinen. Methodisch müsste dafür die hier vorliegende Untersuchung durch eine Gegenüberstellung mit parlamentarischer und sozialer Bewegungspraxis der extremen Rechten weitergeführt werden.

Die prospektiv-strategische Frage nun, ob die aufgezeigte Spannweite polit-ökonomischer Konzeptionen für die extreme Rechte einen gangbaren Pluralismus oder letztlich ein Pulverfass von Widersprüchen darstellt, ist mittels einiger Indizien zunächst nur empirisch zu beantworten. Dass es zwischen einigen marktradikalen und protektionistischen Forderungen innerhalb des FN unauflösbare (theoretische) Widersprüche gibt (Wolfreys 1993: 423), hat seinem (praktischen) Erfolg bei Wahlen keinen Abbruch getan. Die Tatsache, dass der FN heute stark etatistisch orientiert ist, während die FPÖ nach wie vor die radikale Freiheit des Marktes vom Staat fordert, beide sich aber bereits 2007 und seit

2015 wieder in einer EP-Fraktion und seit 2010 in einer Europartei zusammengeschlossen haben, lässt zwei Schlüsse zu: Erstens, dass die politische Ökonomie absolut kein relevantes Thema ist oder zweitens, dass selbst sich gegenseitig ausschließende Positionen keinen politischen Zündstoff darstellen. Die heterodoxe Wirtschaftspolitik des Fidesz (vgl. Benyiks Beitrag in diesem Heft) scheint letzteres zu unterstützen, da sie sich in der Spannbreite nicht wesentlich von der oben beschriebenen unterscheidet, überdies aber bereits in der Realität beweist, dass selbst ein Pluralismus widersprüchlicher Elemente ‚funktionieren‘ kann. Die Kohärenz polit-ökonomischer Konzepte scheint sekundär, ihre Ausprägung abhängig von ihren funktionellen Erfordernissen. Es sind die Nationalstaaten, und entsprechend der Nationalismus, der für die extreme Rechte nach wie vor an erster Stelle steht (Mudde 1999: 9/10). Notwendigkeit und Verpflichtung des Vote-Seeking führen überdies dazu, dass sich Parteien immer auch eklektisch und opportunistisch in Abhängigkeit von politischen Gelegenheitsstrukturen und den Konjunkturen öffentlicher Meinung positionieren.

Anmerkungen

- 1 Mair/Mudde (1998) haben eine mögliche Differenz von Ideologie und Programmatik u.a. folgendermaßen konkretisiert: „Party manifestos and election programs may reflect underlying ideological commitments, but they are also explicitly designed in the context of election campaigns in order to publicize and clarify potentially appealing policy commitments, and it is these that remain contingent.“ (p. 219); Eine Gegenposition wäre, Programmatik/Policy einfach als alltägliche Manifestation von Ideologie zu begreifen, wie bspw. Ennser, L. (2012): The homogeneity of West European party families: The radical right in comparative perspective (p. 155), in: Party Politics 18, pp. 151-171.
- 2 According to statistics of <https://de.statista.com>.
- 3 Dieser Slogan wurde bereits in abgewandelter Form zuvor von der NPD, ProNRW sowie Horst Seehofer, aktueller Ministerpräsident Bayerns und CSU-Vorsitzender, genutzt.
- 4 vgl. die Ergebnisse des GMF-Survey 2002-2012, aufgearbeitet in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Berlin
- 5 In 2015 haben die MEPs Harald Vilimsky und Franz Obermayer ein etwa 130-seitiges Dokument mit dem Titel „TTIP und TiSA. Die transatlantische Gefahr“ herausgegeben. Über Reichweite und Einfluß ist leider bisher nichts zu finden. Titel und einige Passagen sprechen dafür, daß es eher um anti-amerikanische Abgrenzung geht, als um eine Kritik des Freihandels. Verkürzt findet aber auch diese in der Broschüre Platz.
- 6 Einer Untersuchung der Austrian Society for European Politics zufolge, lag die damalige Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der österreichischen Bevölkerung bei etwa 65% und damit ungefähr so hoch wie zur Zeit des Beitritts Österreichs zur EU in 1995. <http://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2016/07/%C3%96GFE-time-series-July-2016-2.pdf>, 25.8. 2016.

Literatur

- Akerman, T./de Lange, S./Rooduijn, M. (2016) *Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Into the Mainstream?* London
- AfD (2013) *Wahlprogramm Alternative für Deutschland*, <http://www.afd-kreis-wolfsburg.de/vergangene-wahlen/bundestagswahl-am-22-09-2013/unser-wahlprogramm/>, 2.4.2016
- AfD (2014) *Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014*, <http://www.alternativefu-er.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf>, 4.2.2016

- AfD (2016) *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf, 3.9.2016
- Bastow, S. (1997): *Front national economic policy: From neo-liberalism to protectionism*. In: *Modern & Contemporary France* 5, 61–72
- Camus, J.-Y. (2014) *Der Front National (FN) - eine rechtsradikale Partei?* Berlin.
- Die Presse (2016) *FPÖ-Richtungsstreit um Haltung zur EU*, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5049684/FPORichtungsstreit-um-Haltung-zur-EU>, 13.7.2016.
- Ford, R./Goodwin, M. (2014a) *Revolt on the Right. Explaining Support for the Radical Right in Britain*. London
- Ford, R./Goodwin, M. (2014b) *Understanding UKIP: Identity, Social Change and the Left Behind* In: *The Political Quarterly* 85, 277–284
- FPÖ (1985) *Österreich politisch erneuern. Programm der freiheitlichen Partei Österreichs*.
- FPÖ (2005) *FPÖ - echt freiheitlich. Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs*.
- FPÖ (2011) *Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs*.
- FPÖ (2014) *Programm der FPÖ zur Wahl des Europaparlaments am 25.05.2014*.
- Friedrich, S. (2015) *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland*. Berlin
- Frölich-Steffen, S. (2004) *Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus*. In: *ÖZP* 33, 281–295
- Front National (2012) *Notre Projet. Programme Politique du Front National*.
- Goodwin, M./Milazzo, C. (2015) *UKIP. Inside the campaign to redraw the map of british politics*. Oxford
- Häusler, A./Roeser, Rainer (2014) *Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland*. Erfurt
- Heinisch, R./Hauser, K. (2016) *The mainstreaming of the Austrian Freedom Party. The more things change...*, Akkerman, T. et al (Hg.): *Radical Right-Wing Political Parties in Western Europe. Into the Mainstream?* London, 73–93.
- Ivaldi, G. (2013) *A new radical right economic agenda? The transformation of the Front National in France*. Groningen
- Ivaldi, G. (2016) *A new course for the French radical right? The Front National and "de-emonisation."* In: Akkerman, T. et al (Hg.): *Radical Right-Wing Political Parties in Western Europe. Into the Mainstream?* London, 225–246
- Korsch, F./Wölk, V. (2014) *Nationalkonservativ und Marktradikal. Eine politische Einordnung der "Alternative für Deutschland"*. Berlin
- Mair, P. / Mudde C. (1998): *The Party Family and its Study*. In: *Annual Review of Political Science* 1, 211–229
- Mudde, C. (1999) *The single issue party thesis: Extreme right parties and the immigration issue*. In: *West European Politics* 22, 182–197
- Mudde, C. (2007) *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge
- Pelinka, A. (2002) *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*. In: *ÖZP* 31, 281–290
- Le Pen, M. (2016) *Référendum sur notre appartenance à l'Union européenne*, https://twitter.com/mlp_officiel, 28.6.2016.
- Plehwe, D. (2014) *Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2, 63–72
- Shields, J.G. (1997) *Europe's other Landslide: The French National Assembly Elections of May-June 1997*. In: *The Political Quarterly* 68, 412–424
- Shields, J.G. (2007) *The Extreme Right in France. From Pétain to Le Pen*. London
- Shields, J.G. (2013) *Marine Le Pen and the "New" FN: A Change of Style or of Substance?* In: *Parliamentary Affairs* 66, 179–196

Shields, J.G. (2014) *The Front National: From Systematic Opposition to Systemic Integration?*In: Modern & Contemporary France 22, 491–511.

Tzermias, N. (2015) *Anleitung zum Desaster. Wirtschaftsprogramm des französischen Front National.* In: Neue Zürcher Zeitung, 13.12.2015

UKIP (1997) *UK Independence Party Manifesto.*

UKIP (2014) Poster: Jobs. <https://fullfact.org/wp-content/uploads/2014/04/one.jpg> , 2.9.2016

UKIP (2015) *Believe in Britain. UKIP Manifesto 2015.*

Usherwood, S. (2016) *The UK Independence Party. The dimensions of mainstreaming.*In: Akkerman, T. et al (Hg.): *The Radical Right-Wing Political Parties in Western Europe. Into the Mainstream?* London , 247–267

Williams, M.H. (2013) *Tipping the Balance Scale? Rightward Momentum, Party Agency and Austrian Party Politics.* In: Journal of Contemporary European Studies 21, 68–86

Wodak, R. (2002) *The discourse-historical approach.* In: Wodak, R./Meyer M. (Hrsg.) *Methods of Critical Discourse Analysis.* London, 63–94

Wolfreys, J. (1993) *An Iron Hand in a Velvet Glove: The Programme of the French Front National.* In: Parliamentary Affairs 46, 415–429



Mitglied sein bringt's!

- Wir verhandeln **175 Kollektivverträge** pro Jahr.
- **1,3 Mio. Beschäftigte profitieren** von sicheren Gehältern, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.
- **100 Mio. Euro erkämpfen** wir an Rechtschutzleistungen für unsere Mitglieder.
- Wir bieten **Rechtsschutz und Rechtsberatung** in allen arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.

www.gpa-djp.at/mitgliedwerden

GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

Für alle, die mehr wollen!